



Martin Gerster  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

20.12.2008

## **Rede zum Subventionsabbau**

Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen

Drucksache 16/11206, und anderer Anträge

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Martin Gerster das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Martin Gerster (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem der Anträge, klima- und umweltschädigende Subventionen abzubauen.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:Genau!)

Ich verhehle nicht die Sympathie für die Ansätze. Das liest sich zunächst ganz gut. Aber wenn es doch so einfach wäre, wie es sich im Antrag der Grünen liest! Ich meine, es ist eine sehr eindimensionale Sichtweise, die in diesem Antrag zutage tritt. Nachhaltige Finanz- und Umweltpolitik kann, so meine ich, nicht die Rahmenbedingungen ignorieren, denen wir alle ausgesetzt sind – aktuelle Entwicklungen, globale und europäische Zusammenhänge –, und auch nicht Zielkonflikte mit anderen

Politikfeldern verschweigen.

Es stellt sich die Frage: Sind unsere Probleme dann gelöst, wenn wir Subventionen kürzen? Ich meine, Nein. Es droht ein Verschiebepark, womöglich eine Verschlimmerung durch Verlagerung der Emissionen in andere Länder. Wenn Wettbewerbsverzerrungen stattfinden und Produktion ins Ausland abwandert, ist nicht unbedingt dem Klimaschutz geholfen. Womöglich werden dadurch Arbeitsplätze aus Deutschland verlagert.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen verkennt, dass sich die Große Koalition und die Bundesregierung in der Subventions- und in der Steuerpolitik verpflichtet haben, klimapolitische Ziele zu berücksichtigen.

Ich bin aber auch der Meinung, dass wir gerade bei umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen schauen müssen, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf andere Politikbereiche, auf Wirtschaft und auf Arbeitsplätze haben.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Die Behauptung, die in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen aufgestellt wird, die Bundesregierung verzerre durch Steuerprivilegien den Wettbewerb zugunsten fossiler Energiequellen, ist bestenfalls die halbe Wahrheit; denn wir fördern erneuerbare Energien massiv, beispielsweise durch das Marktanreizprogramm für den Wärmebereich, beispielsweise im Strombereich über Einspeisevergütungen nach dem EEG. Ich denke, auch das gehört zur Wahrheit. Insofern zeigt die Darstellung in Ihrem Antrag eine eindimensionale Sichtweise.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihren Forderungen im Einzelnen. Sie fordern den beschleunigten Abbau der Steinkohlesubventionen. Das ist genau dieser Zielkonflikt. Wir wollen natürlich etwas abbauen, aber natürlich sozialverträglich. Sie verkennen, dass ein Großteil der Subventionen für die Stilllegung vorgesehen ist. Ein beschleunigter Abbau wäre klimapolitisch natürlich wirkungslos, weil die deutsche Steinkohle durch Importe ersetzt werden würde. Sie fordern außerdem, Steuerprivilegien für die Nutzung von Stein- und Braunkohle zu beseitigen. Energieerzeugnisse, die für die Stromgewinnung verwendet werden, sind laut Energiesteuerrichtlinie zwingend von der Energiesteuer zu befreien. 90 Prozent der in Deutschland verwendeten Stein- und Braunkohle werden für die Stromerzeugung eingesetzt und sind daher von der Energiesteuer befreit.

Ich habe in Erinnerung, dass wir doch alle in diesem Hause mitgetragen haben, dass wir von der Möglichkeit in der Energiesteuerrichtlinie Gebrauch machen, dass Kohle zu privaten Heizzwecken von der Steuer befreit wird. Das machen wir befristet bis zum 31. Dezember 2010. Ich meine, dass dies eine richtige Entscheidung ist, weil dies privaten Haushalten hilft, die sonst Schwierigkeiten hätten, die Heizkosten überhaupt zu stemmen.



Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

(Beifall bei der SPD)

Fazit: Wir streben europäische und globale Lösungen an. Ich meine, die Finanzmarktkrise ist nicht das Ende des Klimaschutzes, sondern eine Chance. Letzter Satz, Frau Präsidentin: Ich unterstütze das, was Bundesminister Gabriel gesagt hat: Wenn wir im neuen Jahr ein neues Konjunkturpaket schnüren, sollten wir natürlich insbesondere die Branchen und Sektoren einbeziehen, die ökologisch und nachhaltig ausgerichtet sind. Deshalb glaube ich, dass wir bei all dem, was wir bislang aus dem Hause von Sigmar Gabriel gehört haben, insgesamt gut aufgestellt sind.

Herzlichen Dank.

[http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/v\\_f\\_514\\_de/od\\_player.html?singleton=true&content=186866](http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/v_f_514_de/od_player.html?singleton=true&content=186866)

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16196.pdf#PAGE=74>